

Dezember 2017

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
Neuaufgabe der Großen Koalition stößt auf geteiltes Urteil	3
Erstmals mehr Bürger für Minderheitsregierung als für Neuwahl	5
Mehrheit würde erneute Kanzlerschaft Merkels begrüßen.....	6
Ungeklärte Regierungsfrage bereitet den meisten Deutschen keine Sorgen.....	7
SPD in der Zwickmühle, Zweifel an Martin Schulz als Parteivorsitzender	8
Politikerbewertung: Außenminister Gabriel auf Platz 1, Özdemir mit Rekordwert auf Platz 2, Lindner mit deutlichem Ansehensverlust.....	9
Sonntagsfrage: FDP sackt auf 9 Prozent ab	11
Konträre Meinungen zum Thema „Familiennachzug“	13
Anhaltend hohes Vertrauen in Nachbarland Frankreich	14
Mehrheit empfindet weltpolitische Lage als bedrohlich	15

ARD – DeutschlandTREND Dezember 2017

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.004 Befragte Sonntagsfrage: 1.504 Befragte	
Erhebungszeitraum	4. bis 5. Dezember 2017 Sonntagsfrage: 4. bis 6. Dezember 2017	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

Der SPD-Parteitag in dieser Woche wird über die Aufnahme von Sondierungsgespräche mit der Union entscheiden. Teile der Parteianhängerschaft stehen einer Großen Koalition jedoch skeptisch gegenüber. Und auch in der Bevölkerung wird eine Neuaufgabe der „Groko“ verhalten beurteilt, auch wenn sie in den letzten Wochen wieder an Akzeptanz hinzugewonnen hat: Derzeit bewerten 45 Prozent eine solche Regierungskonstellation positiv. 52 Prozent fänden eine „Groko“ hingegen weniger gut oder schlecht. Ähnlich fällt das Meinungsbild in der SPD-Anhängerschaft (46:51 Prozent) aus.

Sollten auch die Gespräche zwischen Union und SPD scheitern, bliebe vermutlich nur die Wahl zwischen einer CDU/CSU-Minderheitsregierung und einer Neuwahl des Bundestages. Eine knappe Mehrheit der Wahlberechtigten (51 Prozent) spricht sich in diesem Fall für eine Minderheitsregierung aus. Eine Neuwahl halten demgegenüber 45 Prozent für die bessere Variante. Damit hat sich das Meinungsbild deutlich gewandelt: Vor knapp drei Wochen sprach sich noch eine klare Mehrheit (63 Prozent) für einen erneuten Urnengang aus.

Mit Blick auf die nächsten Jahre fände es eine Mehrheit der Deutschen (56 Prozent) gut, wenn Angela Merkel Bundeskanzlerin bliebe – in der SPD-Anhängerschaft sind es immerhin 38 Prozent. Das Zutrauen der Bürger in Martin Schulz' Erneuerungskraft ist begrenzt: Lediglich 32 Prozent halten ihn für den richtigen Parteivorsitzenden, um die Sozialdemokratie zu erneuern, in der eigenen Anhängerschaft sind es 65 Prozent.

Die ungeklärte Regierungsfrage beunruhigt die meisten Deutschen indes wenig: Ein gutes Drittel (35 Prozent) äußert sich besorgt, zwei Drittel (65 Prozent) machen sich hingegen wenig oder gar keine Sorgen.

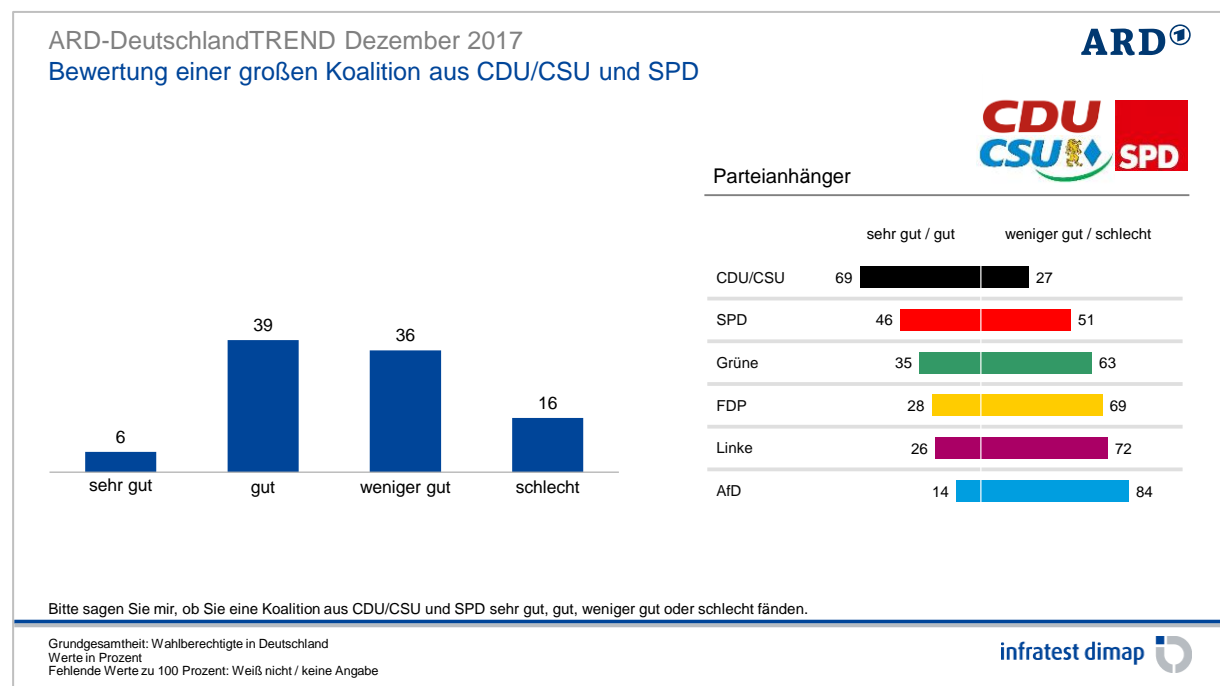
Die abnehmende Unterstützung für den Parteivorsitzenden der Liberalen spiegelt sich auch auf Partienebene wider. Würde bereits am nächsten Sonntag ein neuer Bundestag gewählt, käme die FDP auf einen Stimmenanteil von 9 Prozent. Dies entspricht im Vergleich zum DeutschlandTREND von Anfang November einem Minus von 3 Prozentpunkten. Die Union käme derzeit auf 32 Prozent, ein Zuwachs von 2 Punkten. Für die Sozialdemokraten würden sich wie vor vier Wochen 21 Prozent der Wähler entscheiden. Während AfD (13 Prozent) und Grüne (11 Prozent) ihre Stimmenanteile konstant halten, gewinnt die Linke leicht hinzu (10 Prozent, +1).

Der Familiennachzug für in Deutschland lebende Bürgerkriegsflüchtlinge ist bis März 2018 ausgesetzt. Knapp die Hälfte der Deutschen (48 Prozent) spricht sich dafür aus, den Familiennachzug danach wieder zu erlauben. 42 Prozent plädieren hingegen dafür, den Familiennachzug weiterhin auszusetzen. Während die Anhänger der Union bei diesem Thema geteilter Meinung sind (47:43 Prozent), ist in der SPD-Anhängerschaft eine Mehrheit für den Familiennachzug (52:39 Prozent).

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

Neuaufgabe der Großen Koalition stößt auf geteiltes Urteil

Der SPD-Parteitag in dieser Woche wird über die Aufnahme von Sondierungsgespräche mit der Union entscheiden. Teile der Parteianhängerschaft stehen einer Großen Koalition jedoch skeptisch gegenüber. Und auch in der Bevölkerung wird eine Neuaufgabe der „Groko“ verhalten beurteilt: 45 Prozent bewerten eine solche Regierungskonstellation positiv. 52 Prozent fänden eine „Groko“ hingegen weniger gut oder schlecht. Das Meinungsbild in der SPD-Anhängerschaft ist ebenso gespalten (46:51 Prozent). Die Unions-Anhänger sind die einzigen, die eine große Koalition deutlich befürworten (69:27 Prozent), während ihr die Anhänger von Grünen, FDP, Linke und AfD ablehnend gegenüber stehen.



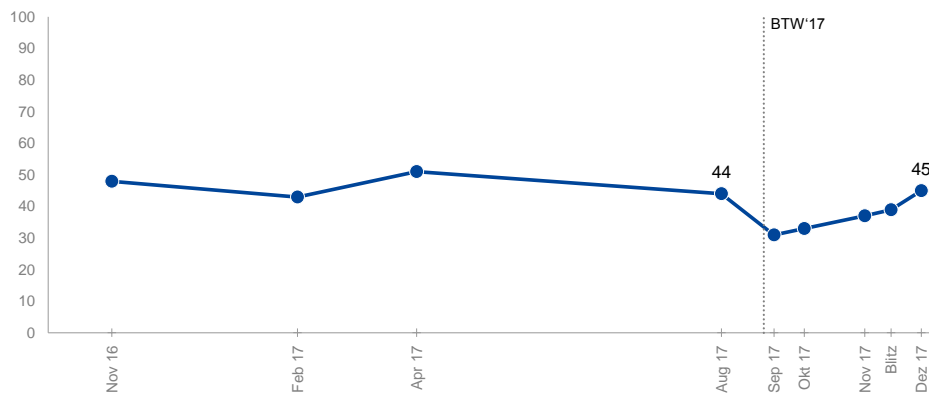
Nachdem die Zustimmung der Bevölkerung zu einer Großen Koalition nach der Absage der SPD am Abend der Bundestagswahl im September deutlich zurückgegangen ist, hat dieses Bündnis im Verlauf der Jamaica-Sondierung und insbesondere nach dem Abbruch der Gespräche von Union, FDP und Grünen wieder deutlich mehr Anhänger gewonnen. Aktuell liegt der Rückhalt für eine große Koalition damit wieder auf einem vergleichbaren Niveau wie im Vorfeld der Bundestagswahl.

ARD-DeutschlandTREND Dezember 2017

Bewertung einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD

sehr gut / gut

ARD¹



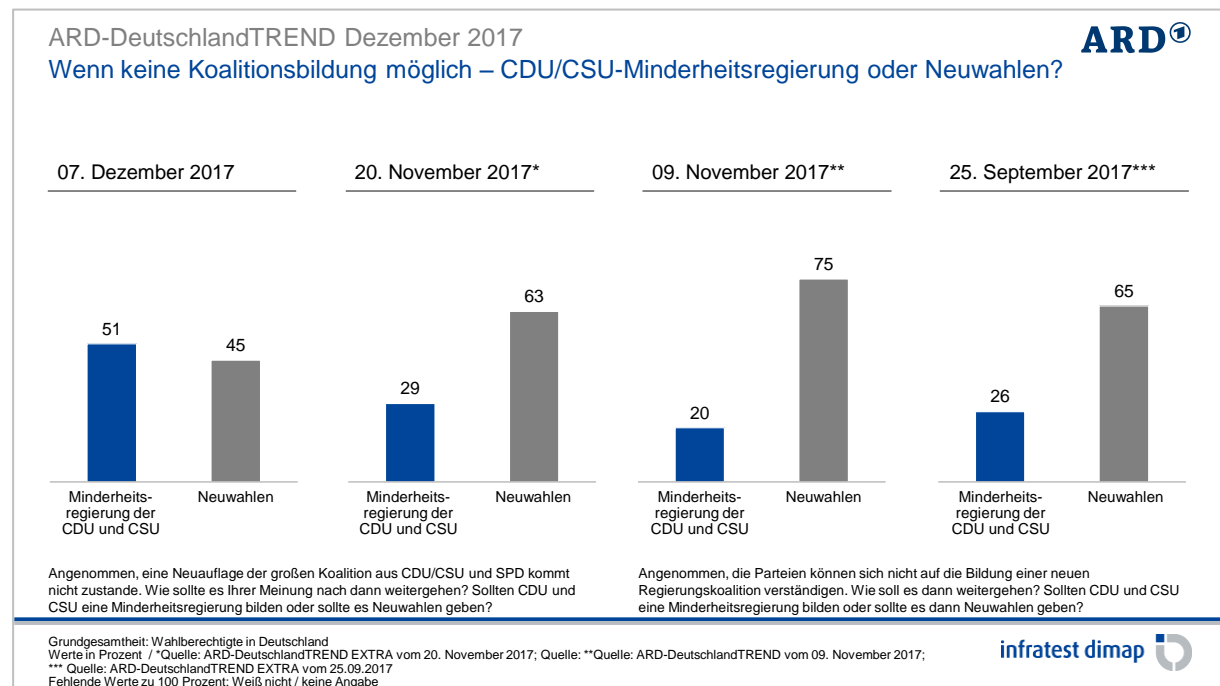
Bitte sagen Sie mir, ob Sie eine Koalition aus CDU/CSU und SPD sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht fänden.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weniger gut / schlecht / weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap 

Erstmals mehr Bürger für Minderheitsregierung als für Neuwahl

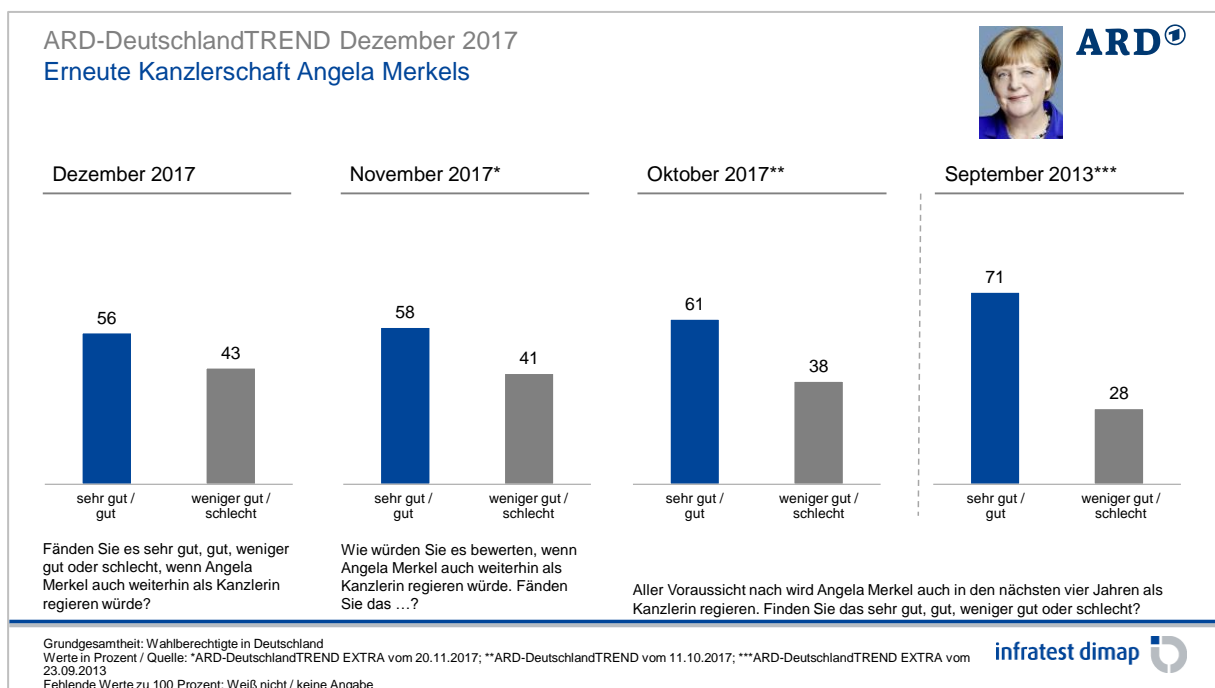
Sollten auch die Gespräche zwischen Union und SPD scheitern, bliebe vermutlich nur die Wahl zwischen einer CDU/CSU-Minderheitsregierung und einer Neuwahl des Bundestages. Eine knappe Mehrheit der Wahlberechtigten (51 Prozent) spricht sich in diesem Fall für eine Minderheitsregierung aus, bei der die Union sich für einzelne Gesetzesvorhaben Mehrheiten im Bundestag suchen müsste. Eine Neuwahl halten demgegenüber 45 Prozent für die bessere Variante. Damit hat sich das Meinungsbild nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen deutlich gewandelt: Vor knapp drei Wochen sprach sich noch eine klare Mehrheit (63 Prozent) für einen erneuten Urnengang aus.



Der Blick in die Parteianhängerschaften zeigt, dass auch die Unions-Anhänger mehrheitlich für eine Minderheitsregierung plädieren.

Mehrheit würde erneute Kanzlerschaft Merkels begrüßen

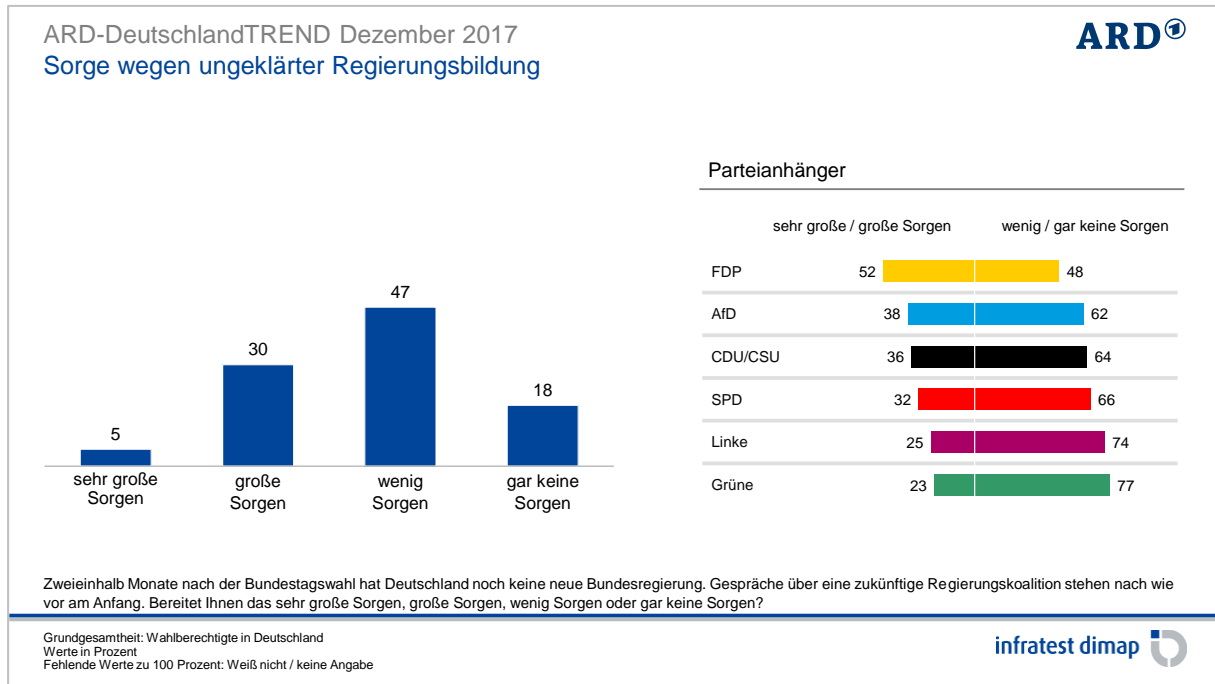
Nach dem Scheitern der Jamaica-Sonderungen stehen die Gespräche über die Bildung einer neuen Regierungskoalition wieder am Anfang. Ob es zur Neuauflage einer Großen Koalition kommt ist derzeit noch nicht absehbar, da die SPD einer Fortführung dieses Bündnisses skeptisch gegenüber steht und immer wieder eine Minderheitsregierung der Union in die Diskussion bringt. In beiden Varianten wäre voraussichtlich Angela Merkel weiterhin Bundeskanzlerin. Dies trifft mehrheitlich auf Zustimmung in der Bevölkerung: 56 Prozent fänden es sehr gut bzw. gut, wenn Merkel weiterhin als Kanzlerin regieren würde. 43 Prozent beurteilen hingegen eine erneute Kanzlerschaft Merkels als weniger gut bzw. schlecht.



Seit der Bundestagswahl ist die Unterstützung für eine weitere Amtsperiode Merkels leicht rückläufig. Anfang Oktober fanden es noch 61 Prozent gut, wenn Merkel weitere vier Jahre als Kanzlerin regieren würde. Im Vergleich zur Situation nach der Bundestagswahl 2013 fällt ihr Rückhalt deutlich niedriger aus: damals waren bewerteten noch 71 Prozent eine Fortführung ihrer Kanzlerschaft positiv.

Ungeklärte Regierungsfrage bereitet den meisten Deutschen keine Sorgen

Bereits jetzt ist klar, dass die aktuelle Regierungsbildung so lange dauert wie selten zuvor. Bis zur Vereidigung einer neuen Bundesregierung bleibt das bisherige Kabinett geschäftsführend im Amt. Diese Übergangsphase bereitet den meisten Deutschen jedoch keine großen Sorgen. Angesichts der ungeklärten Regierungsfrage machen sich zwei Drittel wenig (47 Prozent) oder gar keine Sorgen (18 Prozent). Ein gutes Drittel (35 Prozent) zeigt sich hingegen beunruhigt.

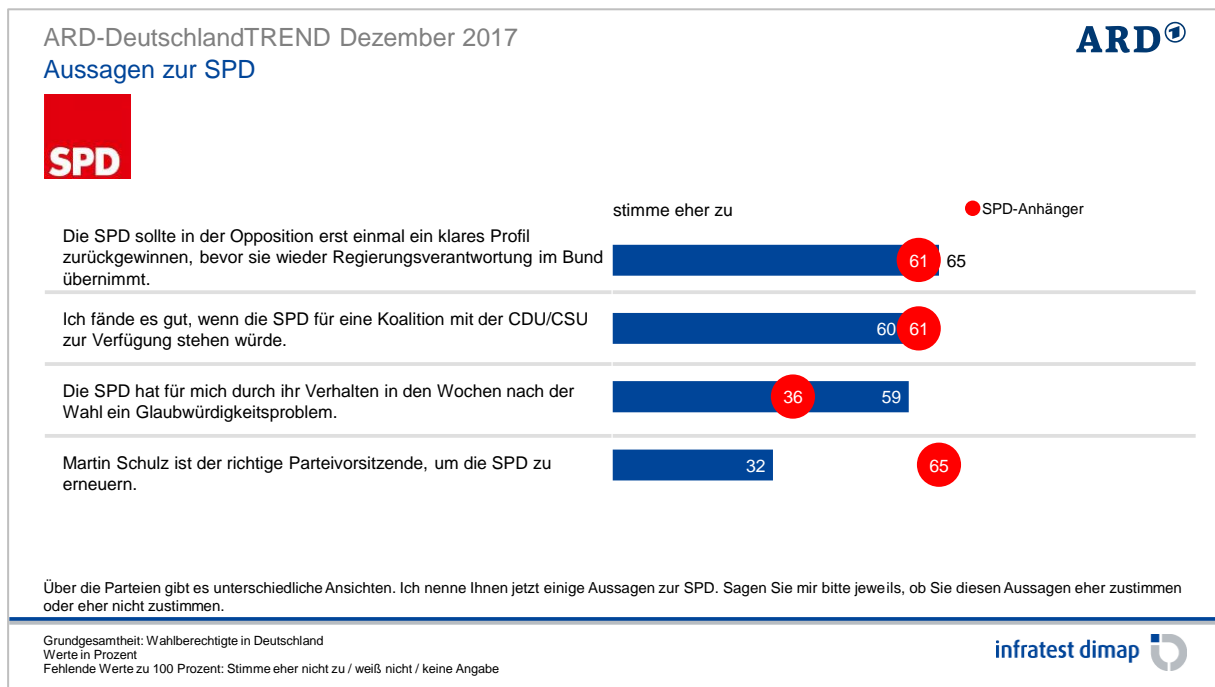


Diese relative Gelassenheit trifft auf alle Bevölkerungsgruppen – wobei die Sorge bei Bürgern mit niedrigem Einkommen am größten ist. Auch sorgen sich Frauen (41 Prozent) deutlich häufiger als Männer (28 Prozent).

SPD in der Zwickmühle, Zweifel an Martin Schulz als Parteivorsitzender

Nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl haben die Sozialdemokraten noch am Wahlabend erklärt, ihre Rolle im neuen Bundestag sei die Opposition. Nach den gescheiterten Jamaika-Sondierungen wird die SPD jedoch von vielen Seiten in die Pflicht genommen, durch eine Weiterführung der Großen Koalition für eine stabile Regierung in Deutschland zu sorgen.

Die Studienergebnisse verdeutlichen das Dilemma der Sozialdemokraten: Auf der einen Seite haben zwei Drittel der Bürger (65 Prozent) Verständnis dafür, wenn die SPD in die Opposition geht, um ein klares Profil zurückzugewinnen, bevor sie im Bund wieder Regierungsverantwortung übernimmt. Im Widerspruch dazu fänden es allerdings 60 Prozent gut, wenn die SPD für eine Koalition mit der CDU/CSU zur Verfügung stehen würde. Auch die SPD-Anhängerschaft zeigt sich die Ambivalenz zwischen einer notwendigen Erneuerung und staatspolitischer Verantwortung.

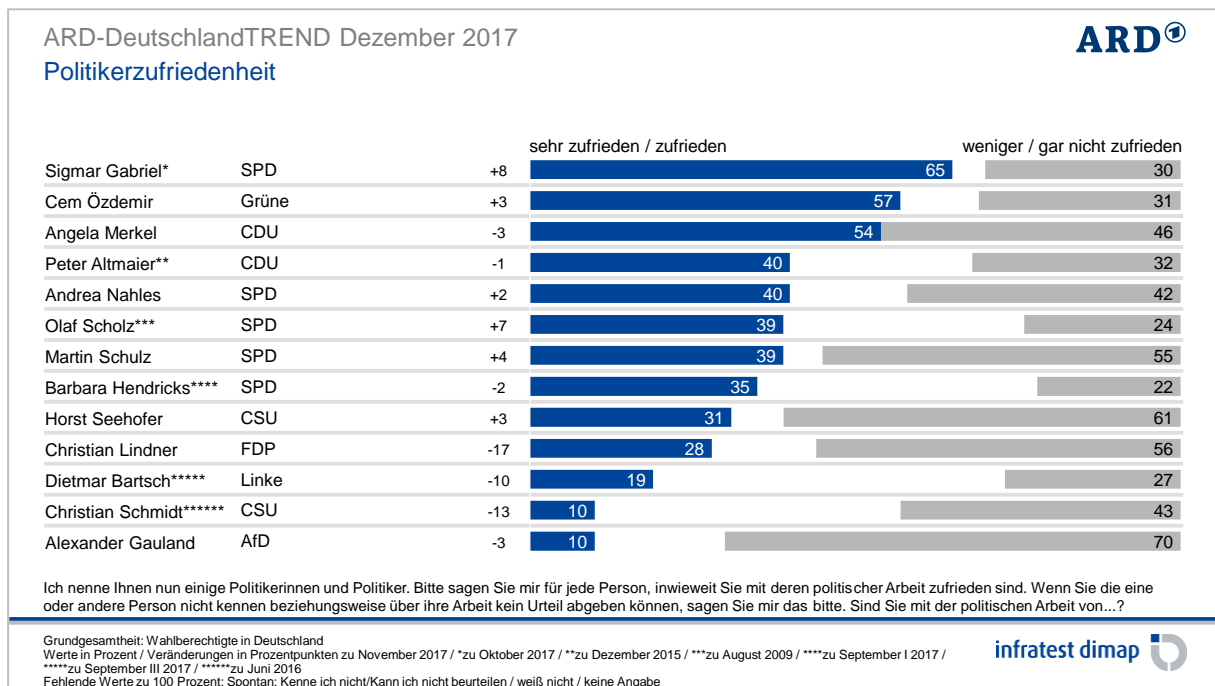


Erschwerend kommt hinzu, dass die Sozialdemokraten in dieser Situation mit einem Vertrauensproblem zu kämpfen haben. Für eine Mehrheit der Bürger (59 Prozent) hat die SPD aufgrund ihres Verhaltens in den Wochen nach der Wahl ein Glaubwürdigkeitsproblem. Und auch auf personeller Ebene sehen die Deutschen Defizite: 62 Prozent finden nicht, dass Martin Schulz der richtige Parteivorsitzende ist, um die SPD zu erneuern, 32 Prozent halten ihn hingegen für die richtige Besetzung.

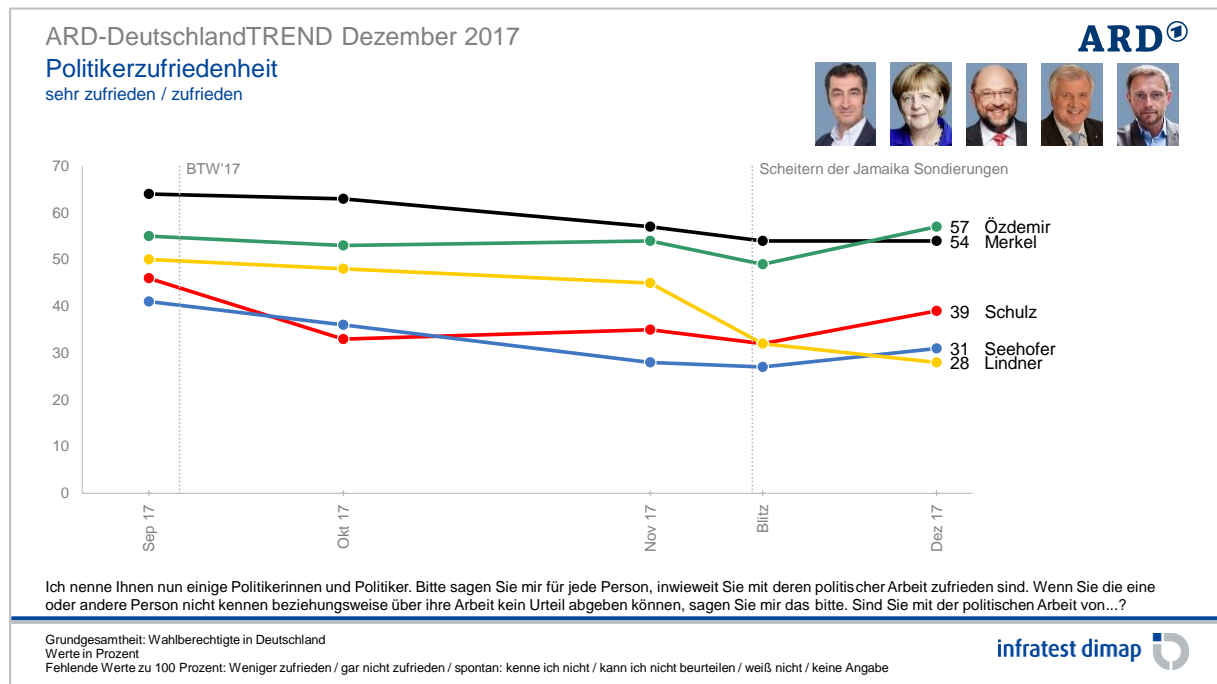
Ein gutes Drittel der SPD-Anhängerschaft (36 Prozent) bescheinigt ihrer Partei ein Glaubwürdigkeitsproblem. Ihrem Parteichef Martin Schulz sprechen 65 Prozent der SPD-Anhänger ihr Vertrauen aus.

Politikerbewertung: Außenminister Gabriel auf Platz 1, Özdemir mit Rekordwert auf Platz 2, Lindner mit deutlichem Ansehensverlust

Im Dezember ist Außenminister Sigmar Gabriel der beliebteste der in diesem Monat abgefragten Politiker. Aktuell sind zwei Drittel (65 Prozent) der Deutschen mit der Arbeit des Sozialdemokraten sehr zufrieden bzw. zufrieden – ein Plus von 8 Prozentpunkten im Vergleich zum Oktober. Ihm folgt der Grüne-Parteivorsitzende Cem Özdemir, der mit 57 Prozent seinen bisher höchsten Zufriedenheitswert im ARD-DeutschlandTREND (+3 Prozentpunkte im Vgl. zu November) erzielt und damit vor Bundeskanzlerin Angela Merkel (54 Prozent, -3) platziert ist.



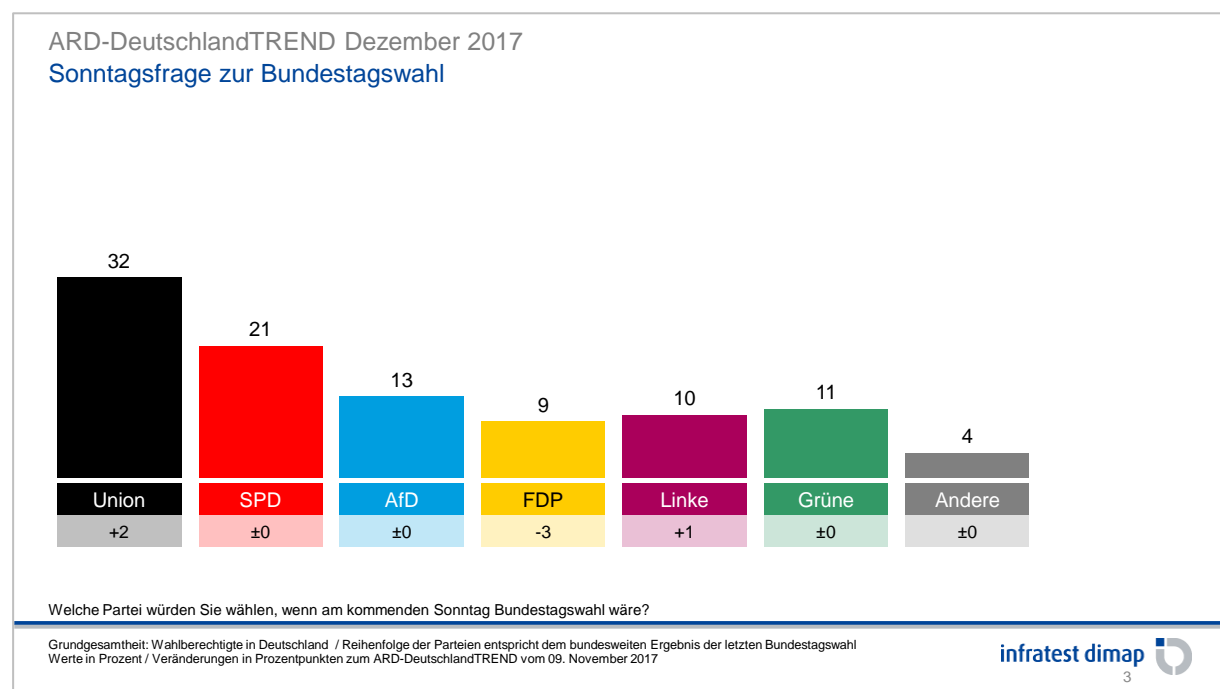
Auf das Spitzentrio folgen mit deutlichem Abstand der Chef des Kanzleramtes, Peter Altmaier von der CDU, und die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles, die jeweils von 40 Prozent der Bürger gute Noten für ihr politisches Wirken bekommen. Auf ähnlichen Rückhalt stoßen der sozialdemokratische Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz und der SPD-Parteivorsitzende Martin Schulz mit jeweils 39 Prozent Zustimmung, wobei Martin Schulz deutlich stärker in der Kritik steht (55 Prozent) als sein Parteifreund Scholz (24 Prozent). Umweltministerin Barbara Hendricks wird von 35 Prozent für ihre Arbeit gelobt, einem großen Teil der Bundesbürger (41 Prozent) ist sie jedoch unbekannt. Der im CSU-internen Machtkampf geforderte Horst Seehofer stößt bei knapp einem Drittel (31 Prozent, +3) der Bundesbürger positive Resonanz, 61 Prozent üben Kritik. Auch sein Parteikollege Christian Schmidt, der als Landwirtschaftsminister wegen seiner Zustimmung zur Glyphosat-Zulassung in die Kritik geraten ist, zieht deutlich mehr Tadel als Lob auf sich: mit ihm sind nur 10 Prozent zufrieden (-13 Prozentpunkte im Vergleich zu Juni 2016), 43 Prozent äußern sich hingegen kritisch.



Während Grünen-Chef Özdemir sein Ansehen nach dem Scheitern der Jamaica-Sondierungen ausbauen kann, ist der Rückhalt für FDP-Chef Christian Lindner massiv eingebrochen. Mit ihm sind aktuell noch 28 Prozent der Deutschen zufrieden – ein Minus von 17 Prozentpunkten im Vergleich zum Vormonat. Bereits in der Blitz-Umfrage am 20. November zeichnete sich dieser Einbruch ab. Über den Linken-Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch urteilen 19 Prozent wohlwollend. Mit Alexander Gauland, dem Fraktions- und neuerdings auch Parteivorsitzenden der AfD, ist nur jeder zehnte Deutsche (10 Prozent) zufrieden. Er wird von allen abgefragten Politikern mit Abstand am häufigsten kritisiert (70 Prozent).

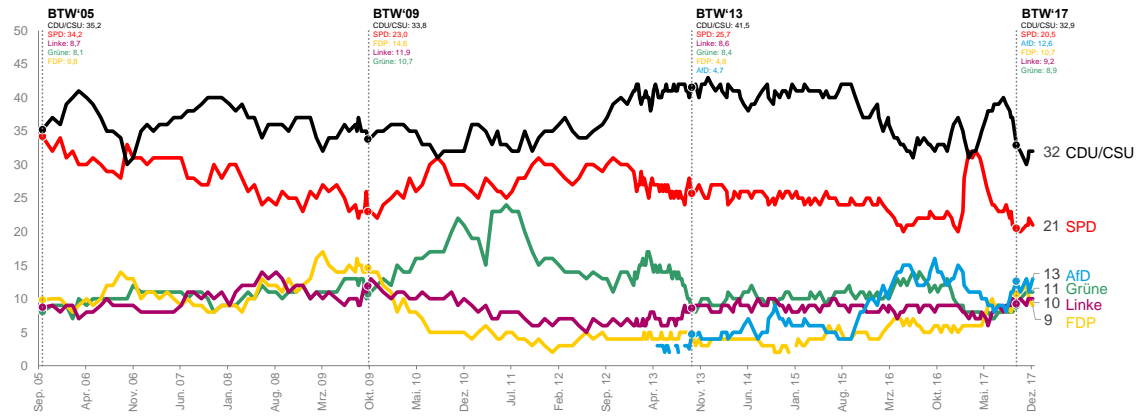
Sonntagsfrage: FDP sackt auf 9 Prozent ab

Die abnehmende Unterstützung für den Parteivorsitzenden der Liberalen spiegelt sich auch auf Parteebene wider. Würde bereits am nächsten Sonntag ein neuer Bundestag gewählt, käme die FDP auf einen Stimmenanteil von 9 Prozent. Dies entspricht im Vergleich zum DeutschlandTREND von Anfang November einem Minus von 3 Prozentpunkten. Die Union käme derzeit auf 32 Prozent, ein Zuwachs von 2 Punkten. Für die Sozialdemokraten würden sich wie vor vier Wochen 21 Prozent der Wähler entscheiden. Während AfD (13 Prozent) und Grüne (11 Prozent) ihre Stimmenanteile konstant halten, gewinnt die Linke leicht hinzu (10 Prozent, +1). Alle anderen Parteien kämen zusammengenommen auf 4 Prozent.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND Dezember 2017
Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf

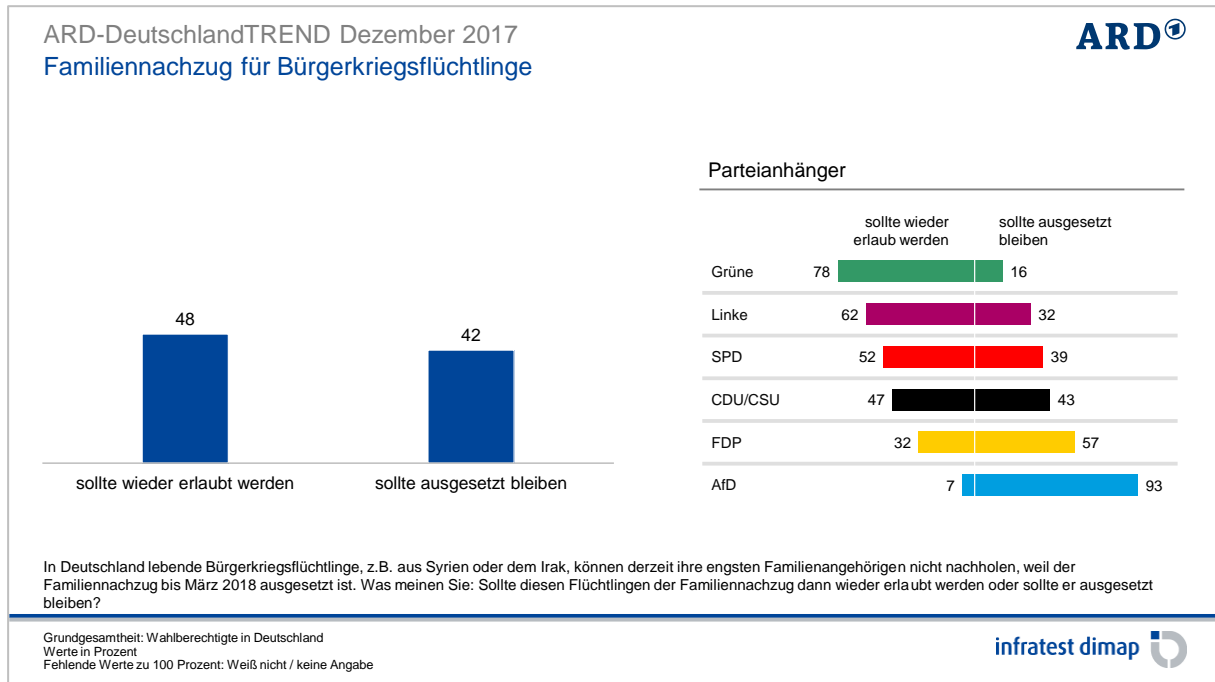


Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland / Werte in Prozent

Konträre Meinungen zum Thema „Familiennachzug“

Der Familiennachzug für in Deutschland lebende Bürgerkriegsflüchtlinge ist bis März 2018 ausgesetzt. Wie danach verfahren werden soll, ist derzeit sehr umstritten und wird im Falle einer Sondierung zwischen Union und SPD auch Gegenstand der Gespräche sein. Knapp die Hälfte der Deutschen (48 Prozent) spricht sich dafür aus, den Familiennachzug wieder zu erlauben, 42 Prozent plädieren hingegen dafür, den Familiennachzug weiterhin auszusetzen.

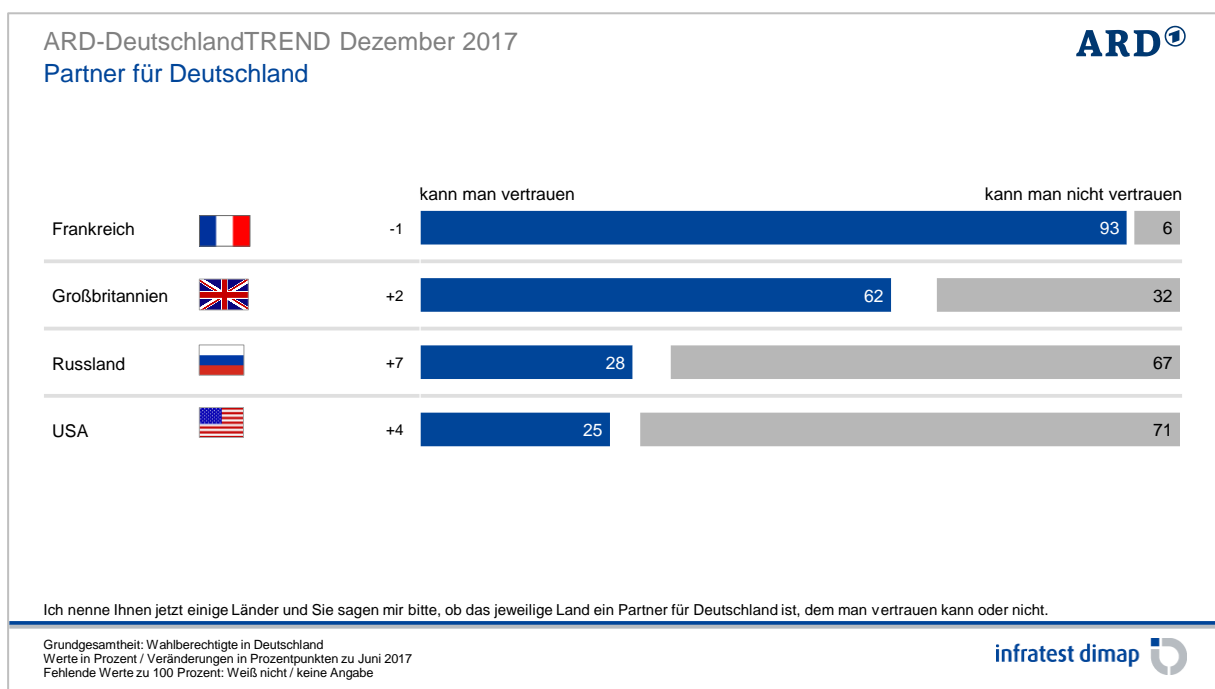


Wenig überraschend sind die Anhänger der AfD nahezu geschlossen gegen die Wiedereinführung des Familiennachzugs. Auch im Lager der FDP bildet diese Meinung mit 57 Prozent die Mehrheitsposition. Bei allen anderen Parteianhängern überwiegt die Zustimmung zum Familiennachzug, am deutlichsten bei den Grünen.

Unterschiede zeigen sich auch zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern: Während sich die Bevölkerung im Osten mehrheitlich (50:38 Prozent) für eine weitere Aussetzung des Familiennachzugs ausspricht, plädiert jeder zweite Westdeutsche (41:50 Prozent) dafür, dass Bürgerkriegsflüchtlinge ihre engsten Familienangehörigen nachziehen lassen können.

Anhaltend hohes Vertrauen in Nachbarland Frankreich

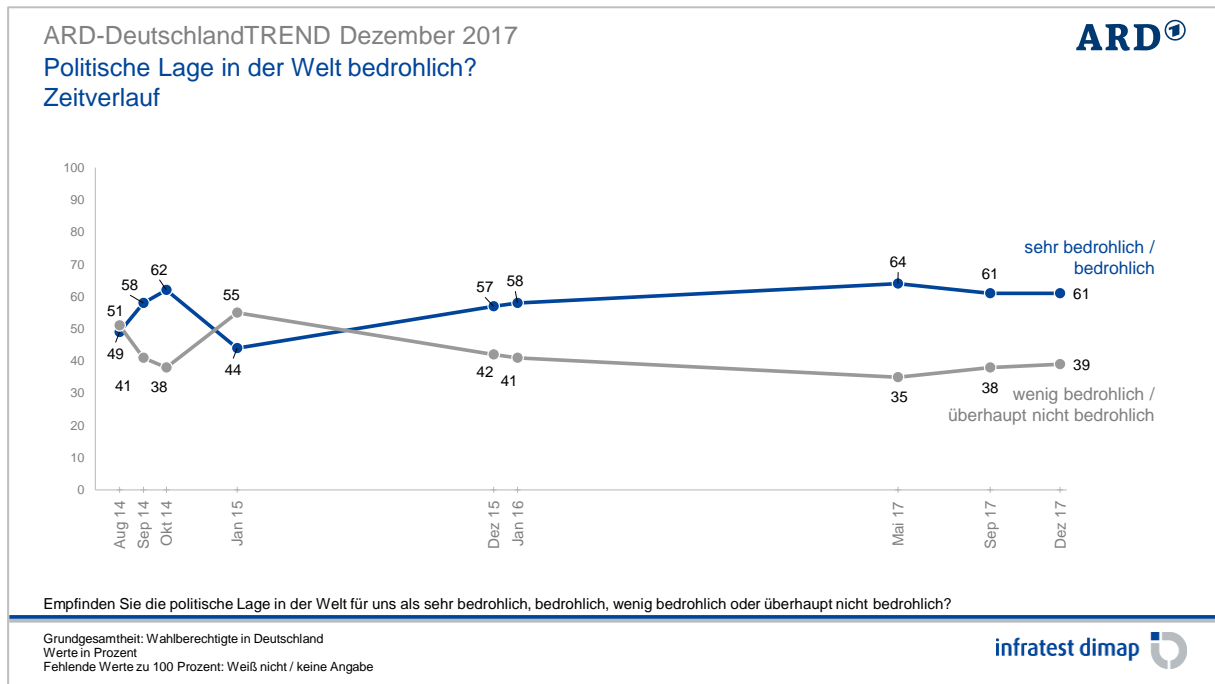
Am Donnerstag und Freitag kommen beim OSZE-Gipfeltreffen Vertretern aus den 57 Mitgliedsstaaten zusammen – darunter auch die Außenminister der USA und Russlands, Rex Tillerson und Sergej Lawrow. Das Vertrauen, das die Deutschen diesen Ländern entgegenbringen, hat sich zwar in den vergangenen sechs Monaten etwas vergrößert, bewegt sich aber immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Russland hält nur eine Minderheit von 28 Prozent (+7 Prozentpunkte im Vergleich zu Juni 2017) für einen verlässlichen Partner. Noch etwas schlechter ist es um das Ansehen der Vereinigten Staaten bestellt, das seit dem Amtsantritt von Donald Trump massiv eingebrochen ist. Derzeit schätzt ein Viertel (25 Prozent, +4) die USA als vertrauenswürdigen Partner ein.



Im Gegensatz dazu gilt Frankreich unter den Bundesbürgern nahezu einhellig als vertrauenswürdige Land (94 Prozent, -1). Und auch Großbritannien schätzt trotz der schwierigen Brexit-Verhandlungen eine Mehrheit (62 Prozent) als verlässlich ein.

Mehrheit empfindet weltpolitische Lage als bedrohlich

Angesichts zahlreicher internationaler Krisen sorgen sich viele Bundesbürger um die politische Lage in der Welt. Rund sechs von zehn empfinden die Situation als sehr bedrohlich (10 Prozent) oder bedrohlich (51 Prozent) – dieser Anteil ist seit Ende 2016 nahezu konstant. Als wenig oder überhaupt nicht bedrohlich empfinden 39 Prozent die weltpolitische Lage, wobei sich lediglich 4 Prozent gänzlich unbesorgt zeigen.



Ein differenzierter Blick auf die Parteianhänger verdeutlicht, dass die Anhänger der AfD und der Linken überdurchschnittlich besorgt sind (jeweils 70 Prozent), während im Lager der Grünen und der FDP die Lage weniger häufig als bedrohlich wahrgenommen wird.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert